Abg. Solf wies darauf hin, dass er selten eine Vorlage mit soviel Begeisterung gelesen habe. Hier werde ganz neutral dargestellt, was der Kreis bisher bereits alles an integrationsfördernden Maßnahmen begonnen und zum Teil auch bereits umgesetzt habe. Es gelte, die vielen Integrationswilligen zu unterstützen und diejenigen, die hiermit noch Probleme hätten, vorsichtig, aber zielbewusst in die richtige Richtung zu führen. Für ihn sei Integration aber ausdrücklich nicht Assimilierung. Nun komme es darauf an, keine Doppelstrukturen zu schaffen. Gemeinsam mit Arif Ünal von den GRÜNEN und Matthias von Grünberg von der SPD habe er zwei Jahre lang an diesem Gesetz gearbeitet, mit dem eigentlich jeder zufrieden sein könne. Wichtig sei, dass hiermit Anstöße und eine Vernetzungsarbeit vermittelt würden. Und da habe man schon sehr gute Ansätze im Rhein-Sieg-Kreis. Zur Frage der Zuständigkeiten gebe es durchaus unterschiedliche Wünsche, ob dies im Sozialamt oder im Schulamt wahrgenommen werden solle. Die vom Land geförderten 3,5 „Integrationsstellen“ je Kreis seien natürlich im Bereich Schule angesiedelt. Es sei zu vermeiden, dass dieser gute Prozess durch ein „Zuständigkeitsgerangel“ beschädigt werde. Hinsichtlich der erforderlichen Haushaltsmittel werde er in seiner Fraktion dafür werben, den erforderlichen Eigenanteil von 60.000 € zur Verfügung zu stellen, damit der Integrationsprozess im Rhein-Sieg-Kreis weiter gefördert werden könne. Allerdings bestehe noch Beratungsbedarf in den Fraktionen, weshalb man dies heute noch nicht beschließen könne.

Auch Abg. Deussen-Dopstadt sah noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion. Viele Fragen, die sich aus dieser Vorlage ergeben, seien noch offen. Positiv sei aber, dass man in der Vorlage die vielfältigen Arbeiten des Kreises auf diesem Gebiet wiederfinde. Die Frage sei nun, was dem Kreis dieses Integrationszentrum bringe. Sie stimme Ihrem Vorredner zu, dass sich keine Doppelstrukturen ergeben dürften. Zudem sehe sie noch Diskussionsbedarf, wie diese Stellen inhaltlich ausgerichtet sein sollen. Wesentlich sei der Satz in der Stellungnahme von Frau Buchholz-Engels: „Die meisten Angebote, die nachgefragt werden, sind dann wirksam, wenn sie sozial-räumlich und kleinräumlich regional orientiert sind.“ Man müsse deshalb die inhaltlichen Zuständigkeiten für diese Stelle so definieren, dass sie Sinn machten für den Integrationsprozess. Als zweiter Aspekt sei ihr der Konsens mit den Städten und Gemeinden ganz wesentlich, da dies auch eine Serviceleistung für die Kommunen sei, die mit Mehrkosten verbunden sei. Hier müsse somit noch eine Abfrage erfolgen, welche Serviceleistung in den Städten und Gemeinden als Service und nicht als zusätzliche Bürokratisierung empfunden werde.

Viele Aufgabenfelder in diesem Bereich habe man im Laufe des Prozesses wegen fehlender personeller Kapazitäten einfach liegen lassen müssen. Zum Beispiel habe es die Forderung nach dem Aufbau eines sehr breit aufgestellten Integrationsportals gegeben, das eine „Marktplatzfunktion“ übernehmen und vielen nutzen würde. Insgesamt begrüßte sie diese Chance, die das Land nun hiermit biete. Allerdings müsse man genau wissen, was es für inhaltliche Zuständigkeiten gebe, welches Personal notwendig sei und welche Bedürfnisse diejenigen hätten, die durch diese Arbeit angesprochen werden sollen. Ihr fehle hierbei auch noch der Aspekt „Menschen mit Migrationshintergrund.“ Dies könne nur funktionieren, wenn es über Multiplikatoren aus den Kreisen der Betroffenen laufe.

Abg. Hartmann verdeutlichte, auch seine Fraktion habe hier noch Beratungsbedarf. Er teile die Einschätzung, dass es sich um eine gute Vorlage handle. Man werde sich hierdurch klar darüber, was bereits getan werde und was man noch verbessern bzw. vernetzen und welche Anregungen man durch den gesetzlichen Rahmen des Landes nun noch in den Focus rücken könne. Er rate aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren dazu, im Hinblick auf die dargestellten Mehrkosten von 60.000 € einen Konsens mit den Kommunen zu suchen. Hierzu müsse man den Kommunen deutlich machen, dass der Kreis hier eine Aufgabe übernehmen

könne, die zwar zu Mehrausgaben führe, aber von Nutzen sei. Allerdings stellten sich dann die Fragen, ob der Kreis das machen müsse oder es hierfür eine andere Ebene gebe, ob das so teuer sein müsse und wie viele Stellen das koste. Und sofort sei man in dieser politischen Diskussion gefangen. Hierfür müsse man in den Städten und Gemeinden des Kreises auch Akzeptanz bekommen. Er lud dazu ein, sich hier gemeinsam auf den Weg zu machen.

In der Frage der Zuständigkeiten sah er die Bereiche „Jugend, Schule, Soziales und Migrationsaspekte“ angesprochen. Auch die Verknüpfung von Multiplikatoren sei wichtig. Hier gebe es eine Vielzahl von Akteuren, die auf unterschiedlichen Ebenen in der Zivilgesellschaft arbeiteten. Er rege insoweit an, den Bericht heute zur Kenntnis zu nehmen, dies in den Fraktionen zu beraten und dafür zu werben, dass sich Städte und Gemeinden mit dem Kreis gemeinsam auf den Weg machen und hierbei den Rahmen, den das Land vorgebe, nutzen.

Auch Abg. Dr. Lamberty war der Ansicht, dass man die Kommunen auf dem Weg mitnehmen müsse, zumal aus der Vorlage nicht hervorgehe, was die Kommunen auf diesem Gebiet bereits unternehmen. Die Abgrenzung zu den Kommunen sei noch erläuterungsbedürftig, um daraus schließen zu können, ob der Mehrbetrag von 60.000 € auch tatsächlich einen Mehrwert bringe. Denn man müsse darauf achten, dass man keine neuen Aufgaben schaffe, die man auf Dauer finanzieren müsse, ohne zu wissen, ob sie tatsächlich einen Mehrwert bringen. Ihn ärgere auch die Beschränkung der Landesförderung bis 2017; Dies empfinde er als unfair. Insofern sei er derzeit noch zurückhaltend, was eine Zustimmung angehe. Auch seine Fraktion müsse dies noch diskutieren. Zudem hätten bei der Erstellung des Integrationskonzeptes nur ein Teil der Kommunen mitgewirkt; Hier fehlten zehn Kommunen. Diese müssten aber auch in den Abstimmungsprozess einbezogen werden.

Der Landrat dankte für das Lob der Verwaltungsvorlage, in der zum Ausdruck komme, dass seitens des Rhein-Sieg-Kreises bereits viel auf diesem Gebiet passiere. Er betrachte dies als eines der wichtigsten gesellschaftlichen Themen der Zukunft, zumal es mindestens ein Viertel bis ein Drittel der Menschen, die hier im Lande leben, betreffe. Wer Berichte über die Frage der Bildungsentwicklung von Einwanderern lese, der wisse, dass dort bereits viel getan wurde, aber auch noch viel passieren müsse. Dies sei eine Frage, die sich an die gesamte Gesellschaft richte. Insofern sei es richtig, sich darum zu bemühen, hier koordinierend tätig zu werden, weil dies viele Ebenen und gesellschaftliche Gruppierungen betreffe. Er betrachte dies insoweit als Angelegenheit, die auf der Ebene des Landrates angesiedelt sei. Dort werde auch die Koordinierung der Fachämter im Hause stattfinden. Das sei für ihn angesichts der Bedeutung der Thematik völlig selbstverständlich, ebenso wie man sich darum bemühe, Personen mit Migrationshintergrund einzubinden. Es sei auch richtig, dass die Fraktionen dies nochmals intern beraten, auch vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen.

Abg. Solf merkte an, er möchte den Kommunalpolitiker sehen, dem diese 60.000 € zu viel seien. Schließlich gehe es hier im Kreis um 120.000 Menschen mit jeweils einer eigenen Zuwanderungsbiographie. Dies dürfe nicht nur in „Sonntagsreden“ beschworen, sondern es müsse das Signal gegeben werden, dass es diese Kosten von 60.000 € für diese Megaaufgabe der Zukunft wert seien. Im Zuge der Erarbeitung des Gesetzes habe man auch lange mit den Finanzfachleuten der verschiedenen Fraktionen darum gerungen, welche Summen hier eingestellt werden. Man habe auch feststellen müssen, dass es – anders als im Rhein-Sieg-Kreis - Landkreise gebe, in denen nach wie vor so gut wie nichts im Integrationsprozess geschehe. Deshalb sehe das Gesetz diese 3,5 Stellen vor. Nun wolle man die Chance wahrnehmen, die verschiedenen Anlaufstellen und Projekte so weit zu vernetzen, dass vielleicht nochmals ein Schub erzeugt werde. Dieses positive Signal sollte der Kreisausschuss heute geben.

Abg. Hartmann wies darauf hin, dass die Kosten von 60.000 € das Mindestgebot seien. Man sei auch bereit, dafür deutlich mehr zu investieren, weil die Aufgabe als solche doch überhaupt nicht in Frage stehe. Es sei nicht eine Frage der eingesetzten Mittel, sondern dass dies als Aufgabe nicht nur anerkannt, sondern gelebt werde. Er sei dem Landrat für die Aussage dankbar, dass er dies in koordinierender Funktion als eigene Zuständigkeit begreife. Es handele sich hier um eine Vielzahl von Aufgabenwahrnehmungen. Jede Aufgabe brauche aber auch Stellen und Menschen in Verwaltung und Politik. An anderen Stellen habe man aber auch die Kostendebatte, obwohl die Aufgaben als solche nicht in Frage gestellt würden. Dies sei doch Fakt, anstatt zu sagen, dass man seitens des Landes nun schon einen ganz wichtigen Schritt gegangen sei und nun die Möglichkeit habe, hieraus das Beste spezifisch für den Rhein-Sieg-Kreis zu machen. Und damit das Signal hier ganz klar sei, sage man, ja, man wolle dieses Zentrum haben. Die Frage sei, wie man es organisiere, möglichst alle – auch die Akteure der Zivilgesellschaft – hierbei mitzunehmen.

Der Landrat stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, diese Thematik zunächst nochmals in den Fraktionen zu beraten. Sodann mögen die Fraktionen ihm den Hinweis geben, das Thema wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Zwischenzeitlich werde er den Fraktionen mitteilen, wie ein eventuelles Kompetenzzentrum in die Kreisverwaltung eingebunden werde. Die Organisationsentscheidung behalte er sich aber vor. Außerdem werde er die Thematik im Zuge des nächsten Termins mit den Bürgermeistern besprechen. Er gehe davon aus, dass hier nicht „mit Gegenwind“, sondern im Zweifel mit Unterstützung zu rechnen sei.